

Dragomir Stojčević

(Beograd)

**SOLLEN DIE STUDENTEN DER RECHTSWISSENSCHAFT
IN DEN SOZIALISTISCHEN LÄNDERN RÖMISCHES RECHT
ALS PFLICHTFACH HABEN**

SOLLEN DIE STUDENTEN DER RECHTSWISSENSCHAFT IN DEN SOZIALISTISCHEN LÄNDERN RÖMISCHES RECHT ALS PFLICHTFACH HABEN.

Über Anwendung, Ort und Umfang des Unterrichts im Römischen Recht wird im kapitalistischen Teil Europas schon sehr lange diskutiert. Besonders lebhaft war diese Diskussion nach dem zweiten Weltkrieg, als man in vielen Ländern zu der Feststellung gelangte, dass die nach dem klassischen Studiensystem ausgebildeten Juristen die Anforderung der modernen Praxis nicht erfüllen, so dass man an eine grundlegende Revision der Unterrichtspläne heranging und nach einem neuen zeitgemässeren System der Rechtsstudien suchte. Zu der Zeit wurde auch, wie z. B. in Frankreich, dem Römischen Recht der Status eines selbstständigen Lehrfaches entzogen und zu einem Bestandteil (wenn auch zu einem bedeutenden) der *Histoire des institutions et faits sociaux* gemacht. An anderen Orten wurde wiederum der Umfang und die Zahl der Unterrichtsstunden auf ein Minimum herabgesetzt und sogar in Italien, wo das Römische Recht als ein ruhmvoller Zeitabschnitt der nationalen Rechtsgeschichte angesehen wird, diskutiert man in der letzten Zeit über eine bedeutende Einschränkung des Umfangs und der Zahl der Unterrichtsstunden im Römischen Recht.

Dabei geht man immer von der Tatsache aus, dass sich das moderne Recht der kapitalistischen Welt so weit vom Römischen Recht entfernt hat, dass dieses keine Einführung oder gar Grundlage mehr für die modernen Rechtsstudien darstellen kann.

Gleichzeitig gibt es im anderen Teil der kapitalistischen Welt, in den USA, wo das römische Recht früher nur ausnahmsweise an einigen Rechtsschulen gelehrt wurde, in den letzten Jahren immer mehr Schulen, die das Römische Recht in ihre Unterrichtspläne einbeziehen. Durch den immer regeren Warenaustausch mit den europäischen Ländern, sehen sich die amerikanischen Juristen immer mehr in der Praxis Einrichtungen ihres Rechts gegenüber, deren Wesensgehalt sie nur schwer begreifen. Ausserdem möchte das anglo-amerikanische Recht auch häufig einige seiner Zweige dem europäischen Recht annähern. Man nimmt an, dass das Römische Recht den Juristen dazu verhelfen wird, die juristischen Institutionen, die aus den europäischen Ländern übernommen werden, oder denen sie in der Praxis begegnen, besser zu verstehen.

In den sozialistischen Ländern verhält man sich aus sehr viel mehr Gründen kritisch gegenüber der Anwendung und dem Umfang des Unterrichts im Römischen Recht. Man geht von der Tatsache aus, dass das Römische Recht auf exploitorischen und zwar grössten ausbeuterischen gesellschaftlichen Beziehungen ausgebaut ist und man ist der Meinung, dass diese keinerlei Be-

ziehung zum sozialistischen Recht haben können, das sich auf Beseitigung von Ausbeutung und des Privateigentums gründet. Manche sind sogar der Meinung, dass sein Studium auf die Formierung des sozialistischen Juristen schädlich wirkt, weil es ihn als das ausgebeutete Recht in eine Form zwingt und in Rahmen bringt, die die erforderliche Grosszügigkeit der Ansichten für das neue sozialistische Recht einschränkt. Eine solche Haltung war in der Sowjetunion sogar sehr lange Zeit hindurch offiziell, wo man bis zur Reform von 1942 und 1944 das Römische Recht in gar keiner Form und gar keinen Umfang lehrte. Die Einführung dieses Faches in die Lehrpläne der Institute und der juristischen Fakultät sowie in die Lehrpläne des Institutes für Aussenhandel, zeigt jedoch, dass die Praxis einen solchen Standpunkt widerlegt. Die Verfasser und Kritiker der ersten römischen Lehrbücher weisen auf die Notwendigkeit des Studiums des Römischen Rechts in der Sowjetunion hin. Die Verfasser des Lehrbuches „*Rimskoe castnoe pravo*“, Moskva 1948, betonen seine historische Rolle wie folgt: „Für den sowjetischen Juristen hat das römische Privatrecht keinerlei praktische Bedeutung. Als Rechtssystem einer exploitationsgesellschaft, kann das römische Recht kein Material enthalten, das auf welche Weise auch immer, für das bürgerliche Recht der sozialistischen Gesellschaft Anwendung finden könnte. Wegen des historischen Schicksals des Römischen Rechtes jedoch, das es zu einem der Entwicklungsfaktoren des bürgerlichen Rechts gemacht hat, muss das römische Recht jedem gebildeten Juristen, der Rechtsgeschichte studiert, bekannt sein.“ Andere wiederum, (Peterskij, *Drevnij Rim*, Moskva 1944) betonen seinen didaktischen Wert: „Wir können das römische Recht zwar nicht als *ratio scripta* annehmen, wie es einst genannt wurde, bestreiten aber nicht seine ungeheure Bedeutung, sowie die Tatsache, dass es im Vergleich zu den vorangegangenen Rechtssystemen eine fortschrittliche Erscheinung war. Rom hat viel Neues auf dem Gebiet des Rechts geschaffen und vielfachen Einfluss auf die weitere Entwicklung des Rechts genommen. Somit hat diese Recht nicht allein historische Bedeutung als Recht des grössten Ausbeuterstaates, sondern stellt auch an und für sich eine historisch grosse Errungenschaft auf dem Gebiet der Rechtstechnik dar, was Genauigkeit und Klarheit, strenge Logik und Konsequenz des Rechtsdenkens anbelangt. Dies alles verbunden mit der Lebenskraft der Schlüsse, zeugt von der grossen Meisterschaft der römischen Juristen, die bei der Entwicklung des Rechtsgedankens eine ungeheure Rolle gespielt haben.“ Das dritte Lehrbuch (Serebrovskij, *Sovjetskoe gosudarstvo i pravo*, 1948. Nr. 11, S. 79—86) betont seine praktische Bedeutung für den sowjetischen Juristen: „Das Studium des römischen Rechts kann trotzdem für den sowjetischen Juristen von praktischer Bedeutung sein, da es einen grossen Einfluss auf die weitere Entwicklung der Gesetzgebung genommen hat, das sich auf Privateigentum gründet. Wenn es so ist, dann ist es offensichtlich notwendig für das Verständnis des modernen bourgoisen bürgerlichen Rechts, auf das wir in den Beziehungen mit dem Ausland häufig stossen. Demzufolge hat das Studium des römischen Privatrechts trotz dem für den sowjetischen Juristen eine praktische Bedeutung. Verständlicherweise natürlich nicht in dem Sinne, dass in das System des sowjetischen bürgerlichen Rechts einige Grundsätze des römischen Rechtes aufgenommen werden.“

In anderen sozialistischen Ländern sind die Meinungen völlig unterschiedlich. Sie bewegen sich von einer völligen Negierung des Römischen Rechts als Unterrichtsmaterie über den Unterricht im Rahmen allgemeinen Staats- und Rechtsgeschichte, bis zum selbständigen ein-oder zweisemestrigen Lehrfach, für sämtliche Studenten oder auch nur für einige Studienrichtungen verpflichtend, was allgemein bekannt ist und worauf hier nicht näher eingegangen werden muss.

Meiner Meinung nach sollte das Römische Recht für die Studenten aller Rechtsschulen Pflichtfach sein und für die Bildung der jungen Juristen eine bedeutende Rolle spielen. Auch die sozialistischen Länder sollten ihm mehr Bedeutenden Rolle spielen. Auch die sozialistischen Länder sollten ihm mehr Bedeutung einräumen und sollten es mehr als die kapitalistischen Länder als Unterrichtsmaterie nützen. Ich werde versuchen diese meine Auffassung zu begründen, in dem ich zu den oben zitierten Argumenten der sowjetischen Autoren, noch einige weitere ausführe, die mir überzeugend scheinen.

Das Römische Recht ist ein Bestandteil und zwar ein sehr wesentlicher, der Rechtsgeschichte und die Geschichte muss eine ausserordentlich wichtige Rolle bei der Meinungsbildung des sozialistischen Juristen spielen. Ohne Rücksicht auf den Arbeitsplatz, an dem er sich befindet, darf der sozialistische Jurist nicht blind und passiv mit der Waage, auf deren Schalen sich unpersönliche Massen von Pragraphen, Taten und Menschen befinden, die Gerechtigkeit abwägen. Er darf nicht unabhängig von Bedingungen und Umgebung, in denen der Sachverhalt entstanden ist urteilen, sondern er muss ein bewusster, aktiver Kämpfer für die gerechte Anwendung des Gesetzes sein, das in einer bestimmten Umgebung als Ergebnis einer bestimmten Politik geschaffen wurde, einer Politik, die unter bestimmten konkreten Bedingungen mit einem bestimmten Ziel geführt wird und auf Falle Anwendung findet, die gleichfalls in einer bestimmten Umgebung und unter bestimmten Bedingungen entstanden sind. Deshalb müssen ihm nicht allein die Rechtsvorschriften und Rechtskategorien, die sie regeln, bekannt sein sondern er muss in das Wesen der gesellschaftlichen Beziehungen seines Landes und seiner Gesetzpolitik einzudringen verstehen, er muss die gesellschaftliche Bedingtheit der Rechts- und widerrechtlichen Randalungen begreifen und muss schliesslich auch die psychischen Prozesse verstehen können, die den Täter dazu gebracht haben. Ausserdem befindet sich die moderne Gesellschaft in einem ausserordentlich schnellen und revolutionären Aufschwung. Daher muss der sozialistische Jurist in der Lage sein, die Rechtsvorschriften und Rechtsakte nicht rein statisch zu sehen, sondern sie aus der Entwicklung und dem Rahmen der Gemeinschaft, in der sie entstanden sind, zu begreifen.

Die Naturwissenschaften haben ein machtvolles Mittel, die Studenten auf die gegenseitige Bedingtheit und Abhängigkeit des Prozesses hinzuweisen. Das ist das Experiment. In den Gesellschaftswissenschaften sind Experimente welcher Art auch immer unmöglich. Es ist beispielsweise nicht möglich, jetzt in einer Gemeinschaft ausbeuterische Beziehungen herzustellen, damit die Studenten die Bedingungen, unter denen sie entstehen und sich entwickeln, sowie ihren weiteren Einfluss auf die Gemeinschaft sehen und unmittelbar empfinden können. Daher sind wir bei unseren Rechtstudien auf Experimente angewiesen, die das Leben selbst geschaffen hat, auf die Geschichte nämlich. Aus diesem grunde spielt auch in der Ausbildung des sozialistischen Juristen

die Geschichte eine ausserordentlich bedeutsame Rolle. Gestatten Sie mir, an dieser Stelle einige gut bekannte Worte Lenins zu zitieren, die er den jungen Menschen in Beantwortung der Frage: „Wie man Kommunismus lernen solle“, gesagt hat (*Lenin, Zadaci sojuzov molodezi, Rec na III vserosijskom sjezde Rosijskoga komunisticeskoga sojuza molodezi, 2, oktjabrja 1920. Socinenija, IV izd. 1950, T. 31, str. 261*): „Ihr begehet einen grossen Fehler, wenn ihr meint, dass man Kommunist werden kann, wenn man nicht das Wissen annimmt, das die Menschheit aufgehäuft hat“. Es wäre auch ein Fehler zu glauben, dass es ausreicht, kommunistische Parolen zu lernen, die Ergebnisse der kommunistischen „Wissenschaft, und dabei nicht das Wissen zu erwerben, dessen Folge der Kommunismus ist.“ ... „Wenn wir die Frage aufwürfen, warum das Marx-Studium Millionen und Millionen Herzen der revolutionärsten Klasse gewinnen konnte, so könnten wir nur eine einzige Antwort erhalten — deshalb, weil sich Marx an den soliden Grundstock des Wissens angelehnt hat, den die Menschheit in der Zeit des Kapitalismus erworben hat.“ ... Alles, was die menschliche Gesellschaft geschaffen hat, hat er kritisch bearbeitet und dabei keinen einzigen Punkt vergessen, ... Die proletarische Kultur kann sich nur auf die genaue Kenntnis der Kultur aufbauen, die die ganze Entwicklung der Menschheit ausgebaut hat.“ Das, was Lenin sagte, bezieht sich auf die Bedeutung der Geschichte für die allgemeine Bildung der sozialistischen Jugend, in entsprechendem Masse aber auch auf die Bildung der Juristen.

Man könnte an dieser Stelle behaupten, dass diese Bedeutung an der Formierung des jungen Juristen, mehr der Allgemeinen Staats- und Rechtsgeschichte zukommt, da diese auch ein zeitlich umfassenderes Gebiet der Rechtsgeschichte beinhaltet und daher auch grössere Möglichkeiten als das Römische Recht hat. Eine solche Bemerkung, sei sie formallogisch auch noch so wissenschaftlich und anziehend, ist jedoch völlig unbegründet. Ich möchte damit gewiss nicht die Bedeutung dieses Lehrfaches in Abrede stellen, zweifellos hat es seinen Platz in der Ausbildung des jungen Juristen, gerade aber wegen des allzugrossen Umfanges, wegen der Fülle des Materiales, das in kurzer Zeit bearbeitet werden soll, kann es nur einen kurzen, summarischen Überblick des Staates und dessen geben, was die Franzosen *fait sociaux* nennen, sowie auch nur einen ganz summarischen Überblick der Geschichte des Privatrechts.

Ausserdem wird alles auf den Vortrag von Tatsachen und Schlüssen, sowie auf die Bestätigung einer gewissen allgemeinsten Gesetzmässigkeit der Entwicklung, der im Staat organisierten Gesellschaften, abgestellt. In eine konkrete historische Analyse der Ursachen bestimmter Entwicklungen der einzelnen Rechtsinstitutionen, in eine Analyse der konkreten Bedingungen, unter denen die einzelnen Rechtsinstitutionen auftauchten und sich entwickelten, in eine Analyse der gegenseitigen Einflüsse einzelner für ihre Entwicklung bedeutender Faktoren, was eigentlich am wichtigsten für die Art der Meinungsbildung, besonders für den sozialistischen Juristen ist, hat die allgemeine Geschichte keine Möglichkeit, sich in anreichende Masse einzulassen; gerade wegen ihrer Ausführlichkeit. Das lässt sich nur dann realisieren, wenn man die Geschichte eines bestimmten, konkreten Staates und der in ihm vorhandenen Institutionen, studiert. Daher braucht die allgemeine Geschichte eine notwendige Ergänzung (die in gewissem Sinne wertvoller als

sie selbst ist) durch die Geschichte der Rechtsinstitutionen eines bestimmten Staates.

In Ländern, die eine kontinuierliche Rechtsgeschichte durch viele Jahrhunderte hindurch und durch einige gesellschaftlichen Formationen haben und in denen die Archive eine völlige Rekonstruktion der sozialen und der Rechtsgeschichte ermöglichen, kann man diese Aufgabe der nationalen Staats- und Rechtsgeschichte anvertrauen. Allerdings kann man auch in solchen Ländern die Geschichte des römischen Rechts nicht vernachlässigen, da es keine nationale Rechtsgeschichte gibt, die durch so viele gesellschaftlich-wirtschaftliche Formationen gegangen ist und die im Leben der Gesellschaft eine so bedeutende Rolle gespielt hätte wie das Römische Recht. Die beste Illustration bietet hierzu die französische juristische Fakultät: obwohl sie sich auf eine kontinuierliche Rechtsgeschichte von etwa 1000 Jahren stützen kann, in welcher Zeit sie zwei bedeutende gesellschaftliche Formationen hinter sich gebracht hat, in der sie auch eine bedeutende Rolle in den allgemeinen geschichtlichen Ereignissen spielte und obwohl die französische Rechtsgeschichte, dank dem Stand ihrer Archive und anderer Quellen, sehr detailliert rekonstruiert ist, obwohl sie ferner das Römische Recht nicht als selbstständiges Lehrfach in den Lehrplänen hat — mit der Idee, dass sämtliche Aufgaben der historischen Fächer, der allgemeinen, bzw. überwiegend nationalen Rechtsgeschichte unter der Bezeichnung *Histoire des institutions et des fait sociaux* überlassen bleiben soll, werden wir sehen, dass das Römische Recht trotzdem einen grossen Raum einnimmt.

Das römische Recht ist das einzige Rechtssystem, das durch sämtliche gesellschaftlich-wirtschaftlichen Formationen der Gesellschaft bisher gegangen ist (und hat in ihnen eine entscheidende Rolle gespielt). Als sich die Römer auf der historischen Bühne zeigten, befanden sie sich im Übergang von einer höheren Stufe des Barbarentums zur Zivilisation, vom Übergang aus einer Militärdemokratie zu einem Staat, der dann entstand. Im Laufe der Jahrhunderte ist Rom zu einem der grössten Ausbeuterstaaten geworden, den es je in der Geschichte gab und in dem die aus beuterischen Beziehungen ihre höchste Entwicklungsstufe erreicht haben. Rom ist nicht allein das ausgeprägteste Beispiel für den Typ des Ausbeuter-Staates, es stellt auch eine Art Synthese der exploitatorischen Periode der Geschichte der Völker Europas und des Mittelmeeres dar. Rom hat all ihre Entwicklungsgänge genutzt und diese mit den Möglichkeiten, die erfolgreiche Kriege und ungestörter Handel zwischen seinenentfernten und in der Produktion spezialisierten Provinzen boten, kombiniert, wobei es seine Kultur zur höchstenstufe entwickelte, die in einer exploitatorischen Gesellschaft möglich war. Im Kampf mit der Krise der Wirtschaft zu Beginn unserer Zeitrechnung hat der römische Staat bei der Lösung seiner politischen und wirtschaftlichen Probleme im Laufe der folgenden Jahrhunderte bis zum Zerfall, einerseits die Feudalverhältnisse zu einer sehr hohen Stufe entwickelt und damit die Feudalformation vorbereitet, andererseits jedoch eine feste staatliche Organisation ausgebaut. Die Gründer ihres Staates, die Barbaren, haben nach dem Zerfall des weströmischen Kaiserreiches, zusammen mit dem Territorium, auch viele seiner Errungenschaften übernommen. So dass sich die Grundlagen der mittelalterlichen Feudalstaaten auf das Römische Recht und auf Feudalelemente gründen, die sich im Rahmen des römischen Staates entwickelt haben.

Das Römische Recht wurde unter Bedingungen der exploitatorischen Beziehungen ausgebaut, gleichzeitig aber auch unter Bedingungen einer in hohen Grade entwickelten Warenproduktion und des Waren-Geldaustausches. Diese seine Charakteristik ermöglichte, dass gemeinsam mit dem Aufleben der Warenproduktion und dem Entstehen der bourgeois Gesellschaft, auch die unmittelbare Anwendung des römischen Rechts wieder auflebte. Dieses erlebte demnach eine Wiedergeburt in der gesellschaft-wirtschaftlichen Formation des Kapitalismus. Auf seinen Grundlagen wurden die grossen bourgeois Kodifikationen ausgebaut und auf seine Grundlagen baute sich auch die bourgeois allgemeine Rechtsgeschichte und die Theorie des Privatrechts auf.

Auch im Recht der sozialistischen Länder ist das Römische Recht weit mehr vorhanden als es auf den ersten Blick scheinen mag. Das kommt daher, da eine weitere Grundlage des Römischen Rechts, die Warenproduktion und der Waren-Geldaustausch noch immer eine bedeutende Rolle im Leben der sozialistischen Länder spielte und es noch lange spielen wird. Ausser dem sind wir noch immer weit davon entfernt, sagen zu können, dass das Privateigentum in den sozialistischen Ländern völlig abgeschafft ist. Viele Formen des Handels, wie sie noch immer in den sozialistischen Ländern angewandt werden, unterscheiden sich in der Form nicht von dem römischen, ja nicht einmal das Recht, das diese reguliert. Manches aus der Entwicklung der Rechtstheorie, was sich auf das Römische Recht gründet, wurde als kulturelles Erbe in die sozialistische Rechtstheorie übernommen.

Es ist eine Tatsache, dass das Römische Recht sämtliche Formationen durchlebt hat, durch die die Gesellschaft bisher gegangen ist, was ihm ausserordentliche Möglichkeiten und damit auch Bedeutung im Unterricht der Rechtstheorie verleiht. Dank der reichen Geschichte sind wir in der Lage, die Bedingtheiten der Entwicklungen der einzelnen Rechtsinstitutionen aus frühester Zeit bis auf den heutigen Tag, zu verfolgen. Dieser Vorteil des Römischen Rechtes vor allen anderen Rechtssystemen, muss in grösstem Masse für den Unterricht genutzt werden. In welchem Masse? Das hängt von den verschiedenen Umständen in den verschiedenen Ländern ab. Ich bin der Meinung, dass es für die Rechtsformierung der jungen sozialistischen Juristen erforderlich ist, durch alle Studienjahre hindurch Rechtsgeschichte zu studieren. Ich bin weiter der Meinung, dass es wichtiger ist, dass der junge Jurist die richtige Methode des Herangehens an die Rechtsnormen erlernt, sowie dass er ein umfassendes allgemeines Rechtswissen vermittelt bekommt, was es ihm ermöglicht, dass er jedes Gesetz und jeden Fall, der ihm in die Hand kommt, leicht versteht, als dass er handwerksmassig die einzelnen Gesetze oder Rechtszweige erlernt. Darüber hinaus meine ich, dass die allgemeine Rechtsgeschichte dem Studenten im ersten Jahr eine allgemeine geschichtliche Einleitung in die Studien vermitteln soll. In den folgenden Jahren sollte das Studium der konkreten Geschichte der einzelnen Rechtsinstitutionen zwischen der nationalen Rechtsgeschichte und dem Römischen Recht aufgeteilt werden, und zwar in einem Masse, den die Länge und die Möglichkeit der Rekonstruktion der nationalen Rechtsgeschichte zulässt. Das bedeutet, dass die Geschichte der einzelnen Rechtsinstitutionen, parallel oder zeitlich auch abgegrenzt, durch die Geschichte des Römischen Rechts und der nationalen Rechtsgeschichte verfolgt werden soll, in einem Masse, wie es der Stand der Nationalgeschichtskunde gestattet. Ausserdem sollte, an Fakultäten, wo die

Rechtstudien in verschiedene Richtungen eingeteilt sind, jede Richtung die Geschichte jener Rechtsinstitutionen studieren, die diese Richtung umfasst. Natürlich muss die Stellung des Römischen Rechtes in den Richtungen anders sein, in denen die Zweige des Privatrechts studiert werden, als in denen, in denen z. B. Strafrecht oder Verfassungsrecht studiert wird.

Lassen sie mich zusammenfassend sagen:

Der Unterricht des Römischen Rechts kann an den Rechtsschulen für die Art der Meinungsbildung, des methodischen Herangehens an das Recht für den jungen Juristen von ausserordentlich grossem Nutzen sein. Es soll den Studenten vor allem als geschichtliches Beispiel dienen, als Experiment, dass vom Leben selbst ausgeführt wurde und an dem man, in der langen geschichtlichen Perspektive erkennen kann, wie die einzelnen Elemente, die das Rechtsleben im Ganzen ausmachen, entstehen und wirken — und wie sich die einzelnen Rechtsinstitutionen in bestimmter Richtung entwickeln. Hierdurch sollen die Studenten mit dem Rechtssystem vertraut werden, das, auf dem Wege der Rezeption, das Fundament des modernen bürgerlichen Rechts und der Rechtstheorie in den meisten Ländern Europas geworden ist. Durch das Römische Recht sollen die Studenten ferner die Geschichte jener Rechtsinstitutionen erlernen, die in Rom ihren Anfang genommen haben und noch immer im modernen bourgeoisen und sozialistischen Recht lebendig sind. Durch das Römische Recht schliesslich sollen die Studenten die lateinische Rechtsterminologie erlernen, die heute als internationale fachliche Terminologie dient und eine gewisse Zahl lateinischer Regeln, Aussprüche und Definitionen, die als klassisch auch heute noch häufig in der Fachliteratur Anwendung finden.